



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

38. hét

2018.09.17.

ZUSAMMENFASSUNG

- Ungarns starke Wirtschaftsleistung stellt zwei Herausforderungen an die jeweilige Regierung: Das Wirtschaftswachstum muss in seiner stetig positiven Tendenz auch auf lange Sicht aufrechterhalten werden, wobei in Verbindung damit der vorübergehend auftretende Arbeitskräftemangel erfolgreich bewältigt werden muss. Gegenwärtig finden sich 83.000 unbesetzte Stellen in allen Regionen des Landes.
- Im Anschluss an die Verabschiedung des Sargentini-Berichts wurde neuerlich die Frage der Position des Fidesz innerhalb der Europäischen Volkspartei (EVP) aufgeworfen. Viktor Orbán sprach im Juli von seinem Plan, eine christdemokratische Plattform innerhalb der EVP ins Leben zu rufen. Die bei der Abstimmung erlebte Gespaltenheit der Volkspartei und die hohe Zahl ihrer Abgeordneten, die gegen Ungarn Stellung bezogen, hat eine neue politische Situation geschaffen. Die neuen politischen Kräfteverhältnisse im Ergebnis der im kommenden Jahr anstehenden Europawahlen werden entscheiden, ob die in ihrer heutigen Form existierende EVP längs ihrer liberal-konservativen Bruchlinie in zwei Lager aufgespalten wird.
- Die Repräsentanten der Oppositionsparteien zeigten sich in Verbindung mit der Debatte des Sargentini-Berichts und der anschließenden Abstimmung gespalten. Die Europaabgeordneten der über ein klassisches Profil im linken Lager verfügenden Parteien stimmten, indem sie den liberalen Standpunkt teilten, für den Bericht, wohingegen die Politiker von Jobbik und LMP dessen Annahme nicht unterstützten. Auch in der Interpretation der politischen Lage zeigten sich hierzulande grundlegende Unterschiede zwischen den einzelnen Akteuren.
- Laut Stellungnahme der Ungarischen Akademie der Wissenschaften (MTA) gefährde das jüngste Arbeitspapier des Ministeriums für Innovationen und Technologien die Integrität der Organisationsstrukturen des institutionellen Netzwerks. Die Verhandlungen zwischen den Parteien gerieten ins Stocken; die ungarische Regierung sieht darin einen Versuch der Akademieführung, Druck auszuüben.

WICHTIGE MELDUNGEN – WIRTSCHAFTSPOLITIK

DIE STÄNDIG ZUNEHMENDE BESCHÄFTIGUNG VERURSACHT EINEN ARBEITSKRÄFTEMANGEL

Sowohl in Ungarn als auch in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union erklimmt die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen immer neue Höhen, wobei der ständig zunehmende, akute Arbeitskräftemangel jedoch kurz- und langfristige wirtschaftspolitische Modellkorrekturen auslösen könnte. Neben dem Zentralamt für Statistik (KSH) veröffentlichte in der vergangenen Woche auch Eurostat wichtige Daten hinsichtlich der zweiseitigen Lage am europäischen Arbeitsmarkt.

Nach KSH-Angaben gab es zwischen April und Juni 2018 insgesamt 83.600 unbesetzte Stellen, welche Zahl 27 Prozent über dem im vergangenen Jahr zur gleichen Zeit gemessenen Wert liegt. Der Arbeitskräftemangel betrifft in erster Linie den Wettbewerbssektor, wo nahezu 62.000 Positionen unbesetzt bleiben; darunter sind mangelnde Arbeitskräfte insbesondere für das verarbeitende Gewerbe sowie im Baugewerbe und im Dienstleistungssektor charakteristisch. Dabei berührt der aktuelle Prozess nicht nur die quantitative Seite des Arbeitsmarktes, sondern sehr schwerwiegend auch die Qualitätsseite in Bezug auf die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte. Die Gründe für den Rückgang mobilisierbarer Arbeitskräfte sind bekannt:

- wegen des wirtschaftlichen Aufschwungs benötigen die Unternehmen immer mehr Mitarbeiter,
- die nur langsame Wende in den demokratischen Trends wirkt sich auch auf den Arbeitsmarkt aus.

Die günstige Entwicklung der Beschäftigung zeigt sich daran, dass die Beschäftigtenzahl in der Eurozone mit ihren 19 Mitgliedstaaten im Vergleich zum identischen Vorjahreszeitraum um 1,5 Prozent zulegte. In den EU-28 ergab sich derweil eine Dynamik von 0,4 Prozent. Die ungarische Regierung ist bestrebt, das Problem dadurch in den Griff zu bekommen, dass sie inaktive Personen auf den Arbeitsmarkt zu führen versucht. So lautete die Zielstellung des früher verkündeten Arbeitsmarktprogramms, weitere fünfzigtausend Menschen auf den primären Arbeitsmarkt zu bringen.

WICHTIGE MELDUNGEN – AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

DAS EUROPAPARLAMENT HAT DEM SARGENTINI-BERICHT ZUGESTIMMT

Verfahrensrechtliche Unstimmigkeiten im Umfeld der Abstimmung sowie die Positionierung mit Blick auf die kommenden neun Monate bis zu den Europawahlen haben gleichermaßen dazu geführt, dass der Ungarn kritisierende Bericht zur Annahme gelangen konnte. Diese Entscheidung könnte sowohl rechtliche als auch politische Konsequenzen nach sich ziehen, deren Bedeutung sich freilich in erster Linie nach den Europawahlen im Mai 2019 in Abhängigkeit von den Kräfteverhältnissen im neuen EU-Parlament erschließen wird.

Das Europaparlament (EP) verabschiedete den Bericht mit 448 Ja-Stimmen gegen 197 Nein-Stimmen bei 48 Stimmenthaltungen – indem Letztere nicht bei der Feststellung des Endergebnisses berücksichtigt wurden – und unterbreitete parallel hierzu den Vorschlag, ein Verfahren nach Artikel 7 Absatz 1 des EU-Vertrags einzuleiten. Während der Abstimmung zeigte sich die EVP uneins in der Beurteilung der Frage, wobei sich ohne die Stimmenthaltungen jene Abgeordneten der Parteienfamilie in einer Zweidrittelmehrheit befanden, welche sich für die Einleitung eines solchen Verfahrens aussprachen. Welch starke Bruchlinien sich hier auftun, wird daran ersichtlich, dass zahlreiche politische Parteien und Vertreter von Nationalstaaten für den Bericht plädierten, mit denen Viktor Orbán und der Fidesz traditionell gute Beziehungen unterhalten. Deshalb dürften auch hinsichtlich der Beurteilung der EVP-Mitgliedschaft des Fidesz Veränderungen eintreten. Viktor Orbán hatte früher Andeutungen gemacht, eine christdemokratische Plattform innerhalb der Volkspartei gründen zu wollen, womit er zugleich andeutete, nicht geneigt zu sein, die größte europäische Parteienfamilie zu verlassen. Die früher über drei Pole – liberal, zentristisch, konservativ – verfügende Volkspartei wurde ausgehend vom Abstimmungsergebnis nunmehr zu einer zwiespältigen politischen Kraft: Gegenwärtig besteht die EVP aus einem Flügel, der sich offener für die liberale Werteordnung zeigt (114 Abgeordnete stimmten für den Sargentini-Bericht), und einem konservativen Flügel, der den Vorstellungen von Viktor Orbán näher steht.

In seinem Redebeitrag auf der Plenartagung brach der ungarische Regierungschef mit dem die europäische Politik seit langem beherrschendem Klischee der „politischen Korrektheit“. Laut seiner Lageeinschätzung sei die politische Entscheidung zur Verurteilung Ungarns noch vor dem Abhalten

seiner Rede getroffen worden, weshalb er es als verantwortlicher politischer Führer nicht hinnehmen konnte, sich nichtsdestotrotz mit der Absurdität der Situation abzufinden. Seine Wortmeldung war zugleich kritisch und konstruktiv: Zum einen warf er dem LIBE-Ausschuss den Mangel an ausgewogenen Informationen vor, außerdem beanstandete er die Rechtsunsicherheit um die Frage der Stimmenthaltungen sowie die faktischen Irrtümer und die zweierlei Maß anwendenden Darstellungen im Sargentini-Bericht.

Zum anderen skizzierte er eine in Europa in Vergessenheit geratene politische Grundthese, die in Ungarn und Mitteleuropa seit langem praktiziert wird: das Prinzip des für eine Kompromissbereitschaft offenen Politisierens. Früher habe die Europäische Union als Ganzes die Suche nach gemeinsamen Kompromisslösungen gekennzeichnet, wohingegen die heutige, neue politische Ausrichtung eher auf Konfrontation basiert. Infolgedessen wäre es einer Aufgabe von Prinzipien und Opportunismus gleichgekommen, in Sachfragen, die durch eine demokratische Legitimierung bestärkt wurden, Zugeständnisse zu machen, zumal wenn darauf womöglich weitere Forderungen der Europäischen Union gefolgt wären.

WICHTIGE MELDUNGEN – UNGARISCHE INNENPOLITIK

DER EUROPAAWAHLKAMPF WIRD HIERZULANDE KEINE EINSCHNEIDENDEN POLITISCHEN VERÄNDERUNGEN MIT SICH BRINGEN

Die Beurteilung des Sargentini-Berichts spaltete die Oppositionsparteien. Dessen die ungarische Rechtsstaatlichkeit kritisierenden – und in zahlreichen Fällen unhaltbaren – Aussagen wurden am vergangenen Mittwoch von lediglich 5 ungarischen Europaabgeordneten unterstützt: Neben vier Politikern der MSZP und der DK noch von dem Abgeordneten der Grünen, Benedek Jávor. Neben diesen Abgeordneten enthielt sich der Jobbik-Abgeordnete Zoltán Balczó der Stimme, während die übrigen ungarischen EP-Abgeordneten – darunter die Auslandsungarn – nicht für eine Verabschiedung des Berichts stimmten.

Während im Juli 2013 noch die meisten EP-Abgeordneten der Oppositionsparteien den die ungarische innenpolitische Lage kritisierenden Tavares-Bericht zurückwiesen, stimmten die Parteien des linken Spektrums in der vergangenen Woche für den Sargentini-Bericht. Bezüglich der Rechtfertigung ihrer Entscheidung war nicht eindeutig nachzuvollziehen, auf der Grundlage welcher

politischer Prinzipien diese Politiker den Entschluss fassten, den Bericht mit ihrer Stimme zu unterstützen. Der ungarische Ministerpräsident interpretierte diese Situation so, dass die Vertreter der mit „Ja“ stimmenden Oppositionsparteien seine Person mehr hassen, als sie ihre Heimat lieben. Zwar versuchten die meisten Oppositionskräfte, aus den Ereignissen der vergangenen Woche innenpolitisch Kapital zu schlagen, doch lässt das entschiedene Auftreten der Regierungsparteien all diese Versuche unbedeutend erscheinen. Dabei wird die Position der Opposition noch dadurch zusätzlich geschwächt, dass sie erneut keine einheitliche Plattform finden konnten, denn an der durch MSZP, Párbeszéd und DK für den Sonntag angekündigten Demonstration nahmen weder Politiker der LMP noch der Jobbik teil. Die Regierungsparteien lehnten in einer Weise, die deckungsgleich mit der Meinung der Mehrheitsgesellschaft ist, die juristischen Tricks rund um die Verabschiedung des Sargentini-Berichts ab und stellten in diesem Zusammenhang Schritte in Aussicht, entsprechende Rechtsmittel einzulegen.

DAS BÜRGERLICHE PICKNICK ZU KÖTCSE WURDE BEREITS ZUM 18. MAL AUSGERICHTET

Das Treffen der konservativen Intelligenz mit deren politischer Elite im Vorfeld des Saisonauftakts in den politischen Herbst dient dazu, sich über die wichtigsten Entwicklungen zu konsultieren.

Die wichtigste Funktion des Bürgerlichen Picknicks besteht darin, das intellektuelle Hinterland zusammenzuhalten und sich auf die wichtigsten in den kommenden Monaten anstehenden Ereignisse im öffentlichen Leben vorzubereiten. Dieses Treffen ist das erste Forum für den ungarischen Regierungschef, bei dem er seine politischen Vorstellungen nach dem Ende der Sommerpause in einem ungezwungenen Rahmen formulieren kann, um deren Akzeptanz in einem engen Kreis geladener Gäste zu testen. Diese Begegnungsstätte dient nicht allein einer Bewertung der vergangenen Periode, sie definiert gleichzeitig die Handlungslinien für die nächste Zukunft. In der nächsten Zukunft werden die Wahlen zum Europaparlament das Hauptthema darstellen. Allerdings hat der Ministerpräsident durchaus auch die innenpolitische Lage bewertet:

- in Bezug auf den Nationalen Grundlehrplan wünscht er eine breit aufgestellte inhaltliche und weltanschauliche Konsultation über dessen Vorschläge und Ausrichtung, die sich im gegebenen Fall bis Ende 2018 hinziehen sollte,

- in Verbindung mit dem in rechtskonservativen Kreisen eskalierenden Kulturkampf rief er zu Besonnenheit auf, nachdem es auf diesem Gebiet keinen Grund zu heftigen Auseinandersetzungen gibt, sondern ein fachlicher Dialog notwendig sei,
- künftig werden mehr nationale Institutionen benötigt, um die Nationalpolitik breitangelegt der Gesellschaft als Ganzes vermitteln zu können.

DIE AKADEMIE ÜBT DRUCK AUF DIE REGIERUNG AUS

Die Ungarische Akademie der Wissenschaften (MTA) setzte in der vergangenen Woche einseitig die Verhandlungen mit dem Ministerium für Innovationen und Technologien (ITM) aus, nachdem ihr Präsidium die „Zerstückelung des Netzwerkes von MTA-Forschungsinstituten bzw. dessen strukturelle Umgestaltung auf dem Wege eventueller einseitiger Maßnahmen“ als unakzeptabel ansieht. Das ITM vertritt den Standpunkt, dass mit dem ausgearbeiteten Paket an Vorschlägen die Zielstellung verfolgt wird, den Betrieb der Institutionen zu optimieren.

In Regulierungsfragen der Finanzierung und des operativen Betriebs der MTA zeichnet sich keine Übereinkunft ab. Die MTA hat die Umgestaltung der Organisationsstrukturen ihres institutionellen Netzwerkes abgelehnt und die diesbezüglichen Konsultationen mit dem Ministerium unterbrochen, bis sie eine außerordentliche Delegiertenversammlung abhält. MTA-Präsident László Lovász erklärte, Innovationsminister László Palkovics habe in der neu unterbreiteten Diskussionsvorlage neuartige Gesichtspunkte ins Spiel gebracht, die gemessen an den früher getroffenen Vereinbarungen als vollständig neu anzusehen sind. Eine solche Veränderung sei die Zuordnung einzelner Forschungsgruppen oder kompletter Institute aus dem MTA-Netzwerk von Forschungsinstituten zu Universitäten sowie in gewissen Fällen deren Schließung. László Palkovics zufolge befasst sich dieses Papier im Übrigen mit Finanzierungs- und strukturellen Fragen des einheimischen Systems der Forschung, Entwicklung und Innovationen. Darin seien konkrete Vorschläge enthalten, die akademischen und in den staatlichen Forschungsinstituten gegebenen Strukturen umzugestalten und zu optimieren sowie die Kooperation mit den Universitäten effizienter zu gestalten.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

DIE LMP KÖNNTE MIT IHRER BASISDEMOKRATISCHEN FUNKTIONSWEISE BRECHEN

Der neue Vorsitzende der grünen Partei, László Lóránt Keresztes, möchte für die Zukunft die Annahme neuer Parteistatuten und schließt parallel dazu nicht aus, dass die politischen Grundpositionen innerhalb der Partei überprüft werden. Die Satzung mit der neuen Konzeption könnte den Delegierten des Anfang kommenden Jahres stattfindenden LMP-Kongresses zur Beschlussfassung vorgelegt werden, wobei die Pläne weiterhin vorsehen, dass auch die Gründung von Basisorganisationen auf der Ebene von Gemeinden genehmigt würde. Diese Veränderungen werden erforderlich, weil der Betrieb der LMP unberechenbar wurde, nachdem das Prinzip der „Basisdemokratie“ auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung und unter allen Umständen konsequente Anwendung fand.

DIE JOBBIK KÖNNTE SCHON ENDE SEPTEMBER IHREN NÄCHSTEN KONGRESS ABHALTEN

Nachdem die Beschlüsse des zur Erneuerung der Parteiämter im Mai ausgetragenen Kongresses zu einer Spaltung führten, könnten die Delegierten der sich zunehmend liberaler präsentierenden Partei neuerlich zusammenkommen. Pressemeldungen im Vorfeld zufolge wird die Bewertung der Tätigkeit des gewählten Parteivorstands das wichtigste Anliegen des neuerlichen Parteitages sein. Parallel hierzu hielt die Parlamentsfraktion der Jobbik in der vergangenen Woche eine auswärtige Sitzung ab, an der auch der frühere Parteivorsitzende Gábor Vona teilnahm, um im Einklang mit Parteidirektor Gábor Szabó „mitzuhelfen, die Lehren aus der Parlamentswahl vom April zu ziehen“. Die Positionen zahlreicher Politiker innerhalb der Jobbik sind ungewiss, während die Lage der Partei sehr gut daran abzulesen ist, dass man bei der Nachwahl am Wochenende in Tiszavasvári erst gar keinen Kandidaten aufstellte. Dabei handelt es sich um die einzige Stadt mit mehr als zehntausend Einwohnern, in der die Jobbik in zwei aufeinanderfolgenden Legislaturperioden den Bürgermeister stellen konnte. Obendrein hatte ihr Kandidat für das Amt des Bürgermeisters bei den Kommunalwahlen 2014 einen unerwarteten Sieg eingefahren.

DIE BUDAPESTER CORVINUS-UNIVERSITÄT WIRD EINE GEMEINNÜTZIGE HOCHSCHULEINRICHTUNG

Ab dem 1. Juli 2019 wird eine durch den Ungarischen Staat gegründete Stiftung als Träger der Corvinus-Universität (BCE) in Erscheinung treten, weshalb die rechtliche Trägerschaft dieser Institution vorübergehend in das Ministerium für Innovationen und Technologien wandert. Die Zielstellung der Regierung im Hintergrund dieser Veränderung ist nicht weniger, als die BCE unter

Bereitstellung der entsprechenden materiellen Ressourcen unter die 200 stärksten Hochschuleinrichtungen der Welt zu führen. In Ungarn werden derzeit 27 staatliche Universitäten unterhalten; in Hinsicht auf die Formen der Trägerschaft und der Finanzierung ist es denkbar, dass auf lange Sicht nicht die direkte Unterstellung unter ein Ministerium das effizienteste Instrument ist.

PROGNOSE

- **Am 18. September kommt es zu offiziellen bilateralen Gesprächen zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem ungarischen Regierungschef Viktor Orbán in Moskau.** Dieses Treffen wird in erster Linie von der Aufrechterhaltung der Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit handeln. Ungarn hat nämlich einen bis 2020 laufenden Rahmenvertrag bezüglich der Erdgasimporte mit Russland abgeschlossen, so dass nunmehr mit Fortschritten in Hinsicht auf den nachfolgenden Zeitraum gerechnet werden darf. Das zweite Schlüsselthema der Verhandlungen wird das Projekt Paks 2 sein. Die beiden Politiker trafen zuletzt im Juli zusammen.
- **Nach Debatten über die Rechtsstaatlichkeit in Polen und Ungarn wird bei der Plenartagung des Europaparlaments vom 22. bis zum 25. Oktober Rumänien auf die Tagesordnung gelangen.** In Rumänien kam es auf einer gegen die Regierung gerichteten Demonstration am 10. August zu Übergriffen der Gendarmerie, nachdem sich diese außerstande sah, den friedlichen Massenprotest von mehreren zehntausend Menschen unter Kontrolle zu halten. Bei der Kundgebung wurden mehr als 200 Menschen verletzt, so dass die Untersuchung dieser Ereignisse mit der Feststellung enden kann, dass die Grundwerte der Europäischen Union verletzt wurden.